

Die Halle vierteljährlich bei postamtlicher Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., einsech. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Im südlichen Teilmagazin-Verständnis unter „Saale-Beitung“ eingetragen.

Preisänderung eingehende Manuskripte sind keine Gewähr übernommen. Rücksende nur mit Aufschlag; „Saale-Beitung“ gelistet.

Saale-Beitung.

Zweizehnter Jahrgang.

werden die Spaltenpreise über dem Normal mit 50 Pfg. (einschl. des Postz.) berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. (unten) von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Seite 75 M.

Die Thronrede im Spiegel der Parteien.

Ueber die gestern bei der Eröffnung des preussischen Landtages vom König verkündete Thronrede, die ebenso inhaltlich, wie in einigen Punkten überraschend war, liegen heute eine Anzahl Zeitungstimmen aus den verschiedensten politischen Lagern vor. Wir geben einige der markantesten Äußerungen im Auszug wieder.

Das „Berliner Tageblatt“ nennt die Thronrede vom 20. Oktober „um vieles interessanter als die meisten ihrer Vorgängerinnen in früheren Jahren“ und fährt nach dieser wohl an die Adresse des Reichstagslers gerichteten Verbeugung fort:

Sie, (die Thronrede), bringt eine ganze Reihe teils erfreulicher, teils wenig angenehmer Ueberraschungen — als die größte die Willensfindung des Königs zur Frage der preussischen Wahlrechtsreform.

Es war schon früher durchgeföhrt, daß Fürst Bälou die Thronrede zu einer Leichenrede, wenn auch noch so unerwünschten Vereinerlichung von den liberalen Wahlrechtswählern benutzen werde. Trotzdem muß man die Wrt, wie das jetzt geschieht, als bemerkenswert bezeichnen. Die Thronrede spricht nämlich nicht nur allgemein von der Notwendigkeit einer Reform, sie vertritt auch in aller Form eine „organische Fortentwicklung des preussischen Wahlrechts“, entsprechend „der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verhältnisses“. Zwar hatte ähnliche Gedanken in ähnlicher und in tieferer Form schon Fürst Bälou in seiner berühmten Wahlrechtsreform vom 10. Januar d. J. geäußert. Der Kaiser und Ministerpräsident hatte damals die Reformbedürftigkeit des Dreiklassenwahlrechts zugegeben, aber unabweisbar und patetisch nicht nur die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen, sondern auch die Erhebung der öffentlichen Wahl durch die geheime Abrechnung und nur eine Prüfung der Frage verprochen, ob das Ziel erreicht werden könne durch „ein nach den Merkmalen des alten, des Bestehenden und der Bildung zweckmäßig abgestuftes Wahlrecht“. Inzwischen scheint diese Prüfung wenigstens beendet zu sein, und man wird die allerdings nicht sehr klare Sprache der Thronrede so auffassen dürfen, daß eine Reform des Wahlrechts, sei es in Gestalt eines nach Vermögen, Alter und Bildung abgestuften Pluralwahlrechts, sei es lediglich durch Einführung eines Bildungsgesetzes, in Aussicht gestellt wird.

Es ist klar, daß für den entschiedenen Liberalismus weder das Pluralwahlrecht noch der Bildungsgesetz eine annehmbare Lösung des Problems bedeuten würde. Immerhin hat nun endlich auch der König von Preußen in feierlicher Stunde und in bestimmter Form die organischen Mängel des bestehenden Wahlrechts anerkannt, ihre Beseitigung versprochen. Das ist ein Schritt auf dem Wege, ein Schritt vor allem, von dem es kein Zurück mehr gibt.

Ähnlich äußert sich die „Wossische Zeitung“, die u. a. ausführt:

„Die Erwartung, daß die Eröffnungsrede wohl eine Erhöhung der Steuern, nicht aber eine Reform des Wahlrechts ankündigen werde, ist infolged in Erfüllung gegangen, als die neuen Steuerentwürfe in dieser Tagung erledigt werden sollen, eine Umgestaltung des Wahlrechts aber nur für eine ungewisse Zukunft in Aussicht gestellt wird. Weniger niedriger, als es sonst hergebracht ist, in getragener Ton und feierlicher Stimmung wird der Städteordnung und der Selbstverwaltung gedacht und über den Erlaß der Verfassung zum Wahlrecht übergeleitet. Seine zeitgemäße Umgestaltung wird somit mittelbar als eine natürliche Fortbildung der Grundlagen des Staatswesens behandelt. Man kann nicht leugnen, daß sich die heutige Kundgebung wesentlich von früheren Erklärungen des Staatsministeriums über das Dreiklassenwahlrecht unterscheidet. Wie lange ist es her, daß ein preussischer Minister des Innern der Forderung, dieses Wahlrecht zu ändern, ein rundes und glattes Nein entgegensetzte! Und jetzt bricht der Träger der Krone unter Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten feierlich den Stab über das bestehende Wahlrecht und erklärt die Wahlrechtsreform für eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.“

Das national-liberale „Leipziger Tageblatt“ bedauert, daß bei der in Aussicht gestellten Wahlrechtsreform der Zeitpunkt der Einbringung nicht festgelegt ist und fordert, angesichts dieser Zögerung der Regierung den Liberalismus zu diesem Zusammenhalten auf. „Hier vor allen Dingen wird die Kritik des Liberalismus einzuflechten haben. Die 65 national-liberalen und 36 freisinnigen Abgeordneten mögen gerade in dieser Frage das Trennende bintanziehen und durch einmütiges reiches und entschlossenes Handeln der Regierung einen beschleunigten Abschluß der Vorarbeiten für die Wahlrechtsreform abtrotzen. Die preussische Regierung ist mit dem Konservatismus zu eng verbunden, als daß sie ohne zwingenden Grund die Freunde des „bewährten“ Dreiklassenwahlrechts demrußigen sollte. Aber eben, weil die Reichsregierung ohne den Liberalismus nicht regieren kann, wenn anders sie nicht die Bloßpolitik aufgeben will, so muß sie auch in Preußen nicht nur durch die Thronrede, sondern durch hoffnungswedendes Handeln den Beweis liefern, daß sie längst gehegte Wünsche des Liberalismus zu erfüllen endlich gewillt ist, wenn sie sich selbst schwere Stürme ersparen will.“

Die konservative „Post“ spielt bei der Wahlrechtsreform die Regierung die Rolle jener Leute, die gern vergessen, was nicht mehr zu ändern ist. Nebenbei bemerkt sie sich mit aller Kraft die Bremsen zu ziehen, denn „mit einer Verringerung der Wahlkreisgeometrie, wie sie von liberaler Seite so stürmisch gefordert wird, kann sich das konservative Organ in keinem Falle einverstanden erklären. Ausgeschlossen ist natürlich auch die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Die Verringerung des Wahlkreises ist von so ungeheurer Tragweite, daß hier nichts überhastet werden kann. Und wenn die Regierung, wie es in diesen Tagen in der Presse geschieht, es für nötig hält, für diese Reform

nach eine Reihe statistischer Unterlagen zu beschaffen, so wird man sie hier billig gewähren lassen müssen.“

Daß die Konservativen noch am Grabe „A h r e s“ Wahlrechts die Hoffnung aufpflanzen, ist begreiflich; denn auch die wichtigste Abfahlsatzung an den Liberalismus ist eine Brosche in die konservativ-keritale Mehrheit.

Der österreichische Thronfolger über den Dreibund.

(Angeblich Privatgespräche.)

London, 20. Okt. 1908.

Der Berliner Korrespondent des „Standard“ teilt seinem Blatt einige Äußerungen des österreichisch-ungarischen Thronfolgers mit, die in Privatgesprächen gefallen sein sollen, mit der Bemerkung, daß die Worte des Erzherzogs vielleicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Jedenfalls seien sie bis Berlin durchgedrungen und bilden den Gegenstand lebhafter Diskussionen in deutschen politischen Kreisen. Erzherzog Franz Ferdinand soll sich dahin geäußert haben, daß die Haltung Deutschlands gegenüber der Annexion von Bosnien und der Herzogwinna den richtigen Wert des Bündnisses zeigen würde. Daraus würde Österreich-Ungarn ersieht können, ob das Bündnis mit dem Deutschen Reich seinen eigenen Interessen entsprechende oder ob es vorteilhafter wäre, andere Kombinationen einzugehen. Der Thronfolger scheint von dem Bewußtsein durchdrungen zu sein, daß die Weltmächte die Gelegenheit gern ergreifen würden, um mit Österreich-Ungarn in nähere Beziehungen zu treten. Auch habe der Erzherzog sich dahin geäußert, daß er für die Fortsetzung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich eintreten werde, falls Österreich-Ungarn fest eine lokale Unterstützung erhalte. Das englische Blatt zitiert dann die Äußerungen deutscher Politiker und deutscher Blätter, um zu zeigen, daß man deutschseits der Führerschaft Österreich-Ungarns nur mit einem gewissen Jögern folge.

Wir weisen nicht, daß der Mitteilung des Standard abschwach von Wien aus ein kräftiges Dementi folgen wird.

Deutschland gibt den Ausschlag.

Allgemein wird in London hervorgehoben, daß das Schicksal der Konferenz in den Händen Deutschlands liegt. Die Entscheidung werde anlässlich der Anwesenheit Iswolskis in Berlin getroffen werden. Infolgedessen sehen die Londoner politischen Kreise mit fieberhaftem Interesse den Besprechungen zwischen dem deutschen Reichkanzler und dem russischen Staatsmann entgegen.

Das Doppelspiel des Sultans.

Es heißt, daß man in Konstantinopel eine Reaktion seitens des Sultanentums befürchtet. Verschiedene Depeschen melden, daß in Konstantinopel seit einigen Tagen große Wasserläufe unter das Volk fluteten. Es wurden in den letzten Tagen für 20.000 bis 30.000 M. Revolver täglich verkauft.

Fenilleton.

Unterhaltungsschrift. Der Säkularer. Roman von M. Böttcher. (Fort.) — Der langende Hund. Humoresk von Ernst Kewel. — Wunte Zeitung: Ein paar hässliche Wagner-Anecdoten. Aus den Erinnerungen der Serpentinlänglerin. — Literatur.

Preussische Prinzenhochzeiten.

Von J. von Dten.

(Nachdruck verboten.)

Wieder ist Hochzeitstübel im Hohenzollernhause, wieder Hochzeitstrübel in Berlin, dessen Bewohnerschaft, da Berlin Reichshauptstadt ist, ebenso an den Hochzeitstübeln des Herrscherhauses teilnimmt, wie einst, da noch die Fürsten dieses Landes nur mit dem Kurhut von Brandenburg gekrönt waren.

Wie welchem fürstlichen Hause auch immer die preussischen Prinzen ihre Gemahlinn auswählen mögen, wo auch immer der feierliche Bund fürs Leben geschlossen werden mag, die feierliche Einholung der hohen Braut in Berlin und die sich daran antizipierenden Festlichkeiten bilden den Hauptteil der preussischen Prinzenhochzeiten, und das hat dann auch wohl mit dazu beigetragen, das Band so fest zu knüpfen zwischen den Hohenzollern und dem Preußenvolke, vor allem mit der Berliner Bevölkerung.

Das war schon bei der Hochzeit Friedrichs des Großen der Fall, der mit Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern am 12. Juni 1733 in der Schloßkapelle zu Salzdamum getraut wurde, worauf der große Einzug der Kronprinzessin in Berlin am 27. Juni stattfand. Der Kronprinz war schon zwei Tage vorher eingetroffen und nahm selbst vor Beginn des Einzuges noch alle Ausschmückungen der Straßen in Augenschein und richtete an verschiedene Bürger, die besonders schön ihre Häuser hergerichtet hatten, freundliche Worte.

Inzwischen vollzogen sich die Festlichkeiten bei dieser Hochzeit ungemein einfach. Der König (Friedrich Wilhelm I.)

war befanntlich ungemein sparsam und liebte nichts mehr, als Einfachheit. War Friedrich der Große selbst auch nicht sonderlich prachtliebend, so hatte er doch Sinn für Feierlichkeit, und dies kam besonders zum Ausdruck, als er die Hochzeiten seiner Brüder herriichtete.

So schreibt sich denn auch die Sitte des Fackeltanzes, die jetzt den Hauptmittelpunkt der Festlichkeiten bei den preussischen Prinzenhochzeiten zu bilden pflegt, von einer Feierlichkeit her, die bei der Hochzeit des Prinzen August Wilhelm im Jahre 1742 ausgeführt wurde. Befanntlich war dieser Prinz, von dem in gerader Linie die jetzigen deutschen Kaiser abstammen, der Lieblingsbruder des alten Prinzen, erregte dann aber später des Königs Zorn und starb im Jahre 1758 in jungen Jahren.

Bei dessen Vermählung nun mit einer Prinzessin von Braunschweig, einer Schwester der Gemahlin seines königlichen Bruders, wurde der Strohtanz überreicht. Es war dies das Zeichen der Unterwerfung der Frau unter den Gatten, eine Sitte, die damals auch viel im Volke bestand. Der Prinzessin ward auf einer goldenen Schüssel ein hübsch geflochtenes Strohtanz überreicht, der mit kleinen Bildchen aus Wachs verziert war. Ein junger Hofanwärter die Schüssel in den Saal, zu gleicher Zeit erschienen zwölf Kanariere mit Fadeln in den Händen unter Musikbegleitung. Nach dem Umzuge der Fackeltäger und einem Reigen derselben hob Baron von Bieffel, einer der Kanariere, zu einer Strohtanzrede an, die in der damals uralten Weise mit derben Anspielungen auf das junge Ehepaar gewürzt war und deshalb besonders dem König sehr wohl gefiel. Nach der Rede legte der Kranztäger dieses Symbol des neuen Frauenstammes der Prinzessin aufs Haupt. Nach kurzem Tragen des sonderbaren Kopfschmuckes übergab dann die Prinzessin den Kranz dem Gemahl als Zeichen der Unterwerfung unter seinen Willen.

Aus dieser Sitte nun ermußt der Fackeltanz, der jetzt bei den preussischen Prinzenhochzeiten von den Ministern in feierlicher Weise ausgeführt zu werden pflegt.

Ganz besonders feierlich war auch die Hochzeitfeierlichkeit des späteren Königs Friedrich Wilhelm III. und der angebeteten Königin Luise, nicht allein, weil diese Hochzeit kurz nach dem Feldzuge — dem Kriege gegen das französische

Revolutionsheer — stattfand, und weil dazu das schönste Fest im Jahre, das Weihnachtsfest, gefeiert ward.

Am 22. Dezember 1793 fand der feierliche Einzug der fürstlichen Braut, Prinzessin Luise von Mecklenburg, in Berlin statt. Die Bevölkerung, welche die lebhaftesten Empfindungen für den Kronprinzen hatte, äußerte diese in erhöhtem Maße, weil derselbe nicht den kalten Forderungen der Politik, sondern denen des Herzens gefolgt war.

Am Eingang der Linden in Berlin, da, wo jetzt die Reiterstatue Friedrichs des Großen von Rauch steht, war eine Ehrenprozession errichtet. Als die Prinzessin in ihrer Staatskutsche anlangte, deren Glasfenster ihren vollen Anblick gestatteten, empfing sie ein Kranz weißgekleideter Jungfrauen, deren lieblichste ihr eine Myrtenkrone überreichte, indem sie die Worte sprach:

„Vergiß, was du verlorst! Es soll ein schönes Leben Dir dieser Festtag prophezeien. Soll dir der künftigen Welt wirst du Monarchen geben, — Beglückter Enkel Mutter sein!“

Die Prinzessin konnte ihre Bewegung nicht verbergen. Unter Tränen winkte sie die Sprecherin zu sich in den Wagen und küßte sie.

Am Weihnachtsfestabend fand dann die feierliche Vermählung statt. Die Trauung war im weißen Saale des Königsschlusses in Berlin. Auch der Fackeltanz wurde da ausgeführt. Ich stand 6 Stunden lang von 6 bis 12 Uhr auf meinen Füßen, ohne mich zu setzen und war todmüde, als ich endlich um 1 Uhr nachts nach Hause kam.“ So sagt die berühmte Oberhofmeisterin der Prinzessin, die Gräfin Voß, in ihrem Tagebuch. Am ersten Weihnachtsstage fand die feierliche Fahrt zur Kirche statt, dem Goloß in den Dom, von wo aus dann das Paar in großem Pomp in das Palais fuhr, um seine Wohnung zu beziehen.

Am zweiten Feiertage fand eine zweite Hochzeit im Königshause statt. Prinz Louis, ein Vetter des Kronprinzen, heiratete eine Schwester der Kronprinzessin.

Mitten im Frühling hielt einst eine andere bräutliche Prinzessin ihren Einzug in Berlin, Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar, die spätere Kaiserin Augusta.

Zum Pfingstfest hatten die Festlichkeiten in Weimar stattgefunden, dann fand am 10. Juni 1829 5 Uhr nach-

Man glaubt, daß von den Reaktionären irgend ein Handreich gegen die Jungtürkenführer geplant werde. Der Sultan empfangt von den Führern und Schöpfern des Jungtürkentums A. H. M. Kija in einer längeren Audienz und schloß ihn zum Abschied auf die Stirn. Man sieht jedoch in dieser Haltung des Sultans ein zweideutiges Spiel, womit er die Jungtürken einflößen will, während er nach und nach Truppen nach Konstantinopel kommen läßt, um im Verein mit den Ministern einen reaktionären Streich durchzuführen.

**Die Annexion von Bosnien und die ungarische Delegation.**  
Aus Budapest wird uns gemeldet: Die ungarische Delegation verhandelte in der gestrigen Sitzung des Budgets des Ministeriums des Äußeren. Referent Toczyan sprach seine Verwundung darüber aus, daß in der Türkei Berühmtheit gegen den Gedanken, Serbien und Montenegro Kompensationen zu gewähren. Bela Katoszky schrieb die Annexion Englands an Rußland dem Wunsch Englands zu, den Einfluß Deutschlands in der Türkei und in Asien zu brechen. Diesen Zweck habe auch das Revolver Abkommen verfolgt, dessen natürliche Folge auch die Annexion Bosniens und die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens gewesen sei. Die Unabhängigkeitsfrage und die Frage der Kompensationen müsse entschieden aus dem Programm der internationalen Konferenz ausgeklammert werden. Die Dardanellenfrage sollte unter den Vorläufern des Schwarzen Meeres geregelt werden.

## Deutsches Reich.

### Ministerialdirektor a. D. Althoff †.

Aus Berlin wird uns von Sirchs Depeschen-Bureau telegraphiert:  
Der ehemalige Ministerialdirektor, Exzellenz Althoff ist gestern abend 7 Uhr in seiner Wohnung in Steglitz gestorben. Althoff hatte infolge eines längeren Leidens seit Sonntag vor 8 Tagen eine Blutung, die eine Herzschwäche mit sich brachte, an der er nunmehr verstarb. Noch vorgestern abend ließ sich der Kaiser über das Befinden des Patienten Bericht erstatten.)

Nun ist er auch dahin, der Kämpfer Konrad Studt; der einstmalige Ministerialdirektor Exzellenz Friedrich Althoff. Aus der Zeit des Hochschulstiftungs, von dem im Jahre des Zusammenstoßes der deutschen Studentenschaft mit der preussischen Bureaukratie 1905 ein rühmliches Blatt das Wort des verstorbenen Ministers von Gohler gitterte, der größte Fehler, den er gemacht habe, sei der gewesen, daß er diesen Mann so groß werden ließ! „Dieser Mann“, das ist der Lucanus redivivus, wie man ihn in der Professorenfrage nannte, Friedrich Althoff, einstmals der beherrschende Mann in Preußen. Rudolf von Fiering hat einmal gesagt: Wer die Jugend für sich hat, dem gehört die Zukunft! Nun, die Jugend hat er sich damals, und dauernd, gehörig verschert, als er im „Rüdesheimer“ beim blühenden Rheinwein die Zwiegespräche mit ihnen hielt von ihres Standes Freiheit und Rechten. Und als er näher bei den Alten unter den Subaltern die Zukunft suchte, erging's ihm nicht besser. Man erinnere sich nur an den Artikel Juni 1905 im Soensbrudblatt „Deutschland“: Aus dem preussischen Kultusministerium. Da hieß es klipp und klar: Die Freiheit jedweder Art ist dem „Ministerium Althoff“ ein Dorn im Auge. Unten auf den Wänden der Studierenden herrschte glücklich wieder Friede, nach den Tagungen von Eisenach und Weimar, nun ging auf den Kathedern der Streit von neuem an. Wann wird er je enden? Ein verdorbener Staatsmann, ein lächerlicher Beamter im Ministerium ist die nun im 59. Jahre verstorbene Exzellenz am weitesten gekommen, die vom Straßburger Katheder als junger, Vortragender Rat vor etwa 24 Jahren ins Ministerium kam, aber e i n s hat er nie belesen, der Dr. Friedrich

mittags der Einzug der fürstlichen Braut von Charlottenburg aus statt. Begleitet von der Kronprinzessin, der späteren Königin Elisabeth, hielt die Braut in der großen Staatsfestsäle ihren Einzug in Berlin.

Am Reichstische der Stadt erfolgte die Begrüßung durch eine städtische Deputation unter Führung des Oberbürgermeisters Bölsing. Als Geesgruß spendete Prinzessin Augusta den Armen der Hauptstadt 500 Taler. Es war ein schöner Frühlingstag voll mit der Wärme und Sonnenschein, an dem die Trauung des hohen Paares abends 7 Uhr in der Schloßkapelle stattfand.

Die hochtätigen Personen hatten sich um 6½ Uhr im Schloß versammelt. Um 7 Uhr erschienen die königlichen Herrschaften in den roten Zimmern Friedrichs I. Die königliche Krone wurde von der ersten Hof- und Staatsdame, Fräulein v. Bieder, der Frau Kronprinzessin übergeben und von dieser, unterstützt durch die Kaiserin von Rußland, einer Schwester des Bräutigams, und durch die Großherzogin Maria Paulowna von Sachsen-Weimar auf dem Haupte der Prinzessinbraut befestigt.

Nun begab sich der Hochzeitszug nach der Kapelle. Die Trauung wurde durch Hofkapellmeister vollzogen und der Wechsel der Ringe durch 200 Kanonenschüsse vom Lustgarten aus der Stadt donnersnd verkündet. Nach diesem feierlichen Akt nahm der Bräutigam im Schloße die dargebrachten Glückwünsche entgegen. Es erfolgte eine Cour im weißen Saale, ein Couper im Ritterlaale und der Fackeltanz. Die junge Prinzessinmahl forderte zu diesem Tanze zunächst den Kaiser von Rußland auf, dann den König und die sämtlichen Fürsten in der Reihenfolge, wie sie im Festzuge standen, während der junge Gemahl mit seiner Schwester, der Kaiserin von Rußland, dem Reigen eröffnete und dann mit allen Prinzessinnen tanzte. Nach Beendigung des Fackeltanzes, als sich die Reuermächten in ihre Gemächer begeben hatten, erfolgte die Abkiesung der königlichen Krone an den Tresorier, Hofrat Siefort, und die von der Oberhofmeisterin Frau v. Jagow vollzogene Zeremonie der Vertreibung des Stumpfschindes der Braut.

Die Trauung des späteren Kaisers Friedrich III. und der englischen Königin Viktoria wurde am 25. Januar 1858 in der Kapelle des St. James-Palastes zu London vollzogen. Aber nichtebenso wichtiger hatten die Feierlichkeiten in Berlin einen feierlichen Charakter, wie nur je bei den Hochzeiten eines Thronfolgers. Am 8. Februar erfolgte der Einzug der

Althoff: „Die städtische Ritterkammer eines Maximilian I., der seinen Baccaluren die Zügel lang ließ, als sie ihn darum baten.“

### Bismarck im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft.

In dem von Rechtsanwält Dr. Julius Bachem, dem Redakteur des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft, erstatteten Bericht über die in Angriff genommene dritte Auflage ist auch eine recht interessante Mitteilung über die Aufnahme eines Aufsatzes über Bismarck enthalten. Mehrfach war der Wunsch ausgesprochen worden, in dem Lexikon einen besonderen Artikel Bismarcks zu bringen, aber der Redakteur hat dem nicht stattgegeben, weil nach seiner Ansicht nur die Theoretiker des Staatsrechts in das Staatslexikon gehören. Der Einwurf, daß doch auch Artikel über die Führer des Zentrums aufgenommen worden seien, die, wie er selbst sagt, streng genommen nicht hinein gehören, sucht er dadurch zu entkräften, daß eine Ausnahme gemacht worden sei, die sich rechtfertigen läßt, weil diese Männer gewissermaßen die im Staatslexikon vertretenen Grundkräfte in das praktische Leben übergeführt haben. Die mit Bezug auf Bismarck geäußerten Wünsche hätten übrigens insofern Berücksichtigung gefunden, als in dem Artikel Deutsches Reich eine „knappe“ Würdigung der Persönlichkeit und der Gesamttätigkeit Bismarcks eingeschaltet worden sei.

(Ein besserer Beweis für die Einseitigkeit dieses nach den Worten des Redakteurs nur im ultramontanen Grundgedanken dienenden Staatslexikons konnte wohl nicht erbracht werden. Es wird den Herausgebern auch wohl recht schmerzhaft gewesen sein, überhaupt die knappe Würdigung Bismarcks in dem Artikel Deutsches Reich einzufügen, aber das neue Deutsche Reich kann sich selbst der eingeheltesten Ultramontane nicht ohne Bismarck vorstellen.)

### Aus dem braunschweigischen Landtag.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Den Mitgliedern des braunschweigischen Landtags ist ein Gesetzentwurf betr. Abänderung der Staatseinkommen- und Ergänzungssteuer zugegangen, der sich im wesentlichen an die Bestimmungen des am 19. Juni 1906 erlassenen preussischen Gesetzes anlehnt. Ferner ging den Abgeordneten u. a. ein Gesetzentwurf zu, der die Errichtung einer Tierärztekammer für das Herzogtum Braunschweig vorschlägt

### Allgemeine Mitteilungen.

Bei dem immer sichtbareren werden Mangel an Kleinwohnungen befiehlt der Magistrat von Augsburg, zunächst drei Häuser mit 15 Zweizimmer-Wohnungen und 6 Dreizimmer-Wohnungen zu errichten. Das Baukapital (160 000 Mk.) soll bei der Landesfiskurrentendbank aufgenommen werden.

### Heer und Flotte.

#### Fernritte rumänischer Offiziere.

Fernritte, welche für Kavallerie- und Artillerieoffiziere angeordnet sind, bestehen im Zurücklegen einer Entfernung von mindestens 200 Kilometer in zwei bis drei Tagen, verbunden mit dem Gehen einer tatsächlichen Aufgabe. Es werden meercorpsweise vorgekommen; jeder Oberleutnant und Leutnant der Kavallerie hat jedes zweite Jahr daran teilzunehmen, jeder Artillerieoffizier, welcher Major zu werden wünscht, muß in seinem Dienstjahre mindestens 500 Kilometer bei Fernritten zurückgelegt haben; über die Teilnahme von Artillerieoffizieren wird in jedem Falle besonders befohlen. Das Kriegsministerium setzt Kunstgegenstände als Grenzpreise aus, für deren Zuerkennung in Betracht kommen: Art der Vorbereitung und Ausführung des Rittes, Zustand des Pferdes nach der Beendigung, Lösung der taktischen Aufgabe.

Kaiserliche Marine. Der Reichspostdampfer Lucie Boermann ist mit dem Abfuhrtransport für S. M. S. Sperber und Panther auf der Austreise am 17. Oktober in Las Palmas auf Gran Canaria und am 18. Oktober in Teneriffa eingetroffen und hat am 18. Oktober die Rille nach Dakar (Cap Verd) fortgesetzt. S. M. S. Alis ist am 20. Oktober von Nagasaki nach Kobe in See gegangen. S. M. S. Bulwar geht am 20. Oktober nach Saragossa. S. M. S. Salama nach Inhambane (Coutengo Marques) in See. S. M. S.

Braut in dem mit adht Kapfen bespannten, goldenen königlichen Staatswagen unter dem Jubel der Bevölkerung.

Unter jeglicher Kaiser brachte in die üblichen Einzugsfeierlichkeiten bei seiner Hochzeit eine bemerkenswerte Variation, als am 26. Februar 1881 die hohe Braut, die jegliche Kaiserin, in der Ison von Königin Luise benutzten Staatskarosse zum Schloß Bellevue aus einog.

Der damalige Prinz Wilhelm war am Morgen des Einzugsstages von Potsdam mit seiner Kompanie nach Berlin gefahren, hatte mit derselben im inneren Schloßhofe Aufstellung genommen und führte dort das Kommando. Als aber der Zug der Einziehenden das Brandenburger Tor passiert hatte, übergab der Prinz die Kompanie dem Hauptmann Grafen v. Knih, um seinen Vater und Großvater zu begrüßen, und während die Musik das Schloßhof-Hörsaal meercumfahrungen spielte, fuhr der Brautwagen durch das Schloßportal. So war er seiner Braut bei deren Einzug ganz streng dienlich begegnet.

Am folgenden Tage fand die Vermählung statt, bei der auch der Fackeltanz ausgeführt wurde, worauf die Heimführung in die Brautkammer erfolgte.

Die Vermählung des Kronprinzen Wilhelm am 6. Juni 1905 und die des Prinzen Eitel Friedrich ein Jahr später sind noch in aller Erinnerung.

Auch in diesen Tagen nun, da zum dritten Male ein Sohn unseres Kaiserpaars in den Ehestand treten wird, werden sich die Feierlichkeiten in der ähnlichen Weise gestalten, wie in den früheren Fällen. Natürlich finden außer den erwähnten Veranstaltungen noch stets große Festlichkeiten, Festaufführungen im Opernhaus und Festlichkeiten anderer Art statt; die Empänge der gratulierenden Körperchaften und Vereine ziehen sich oft Monate lang hin, und ebenso selbstverständlich bietet auch jede einzelne Vermählungsfeier eines preussischen Prinzen seine Sonderart schon deshalb, weil in durch die Familie der hohen Braut jedesmal ein anderer Kreis von Festgästen an der Feier teilnimmt.

Da Braut und Bräutigam bei der bevorstehenden Vermählung Cousin und Cousine sind, ist diesmal der Kreis der Teilnehmer an sich ein kleinerer, denn die nächsten Verwandten der Braut sind auch nahe verwandt dem Bräutigam. Aber der Festesglanz wird doch der gleiche, der große sein, und wenn die hohe Braut in der üblichen Weise in Berlin einzieht, wird ihr freudiges Jauchzen von Hunderttausenden entgegenrufen.

Say ist am 19. Oktober von Kiel nach Sonderburg, S. M. S. Rhein nach Altona gegangen.

## Ausland.

### Die wirtschaftliche Lage in Japan.

„# Von befreundeter Seite wird der „Saale-Zeitung“ aus Tokio mitgeteilt: Die finanzielle Situation ist hierzulande nur wenig besser als zu Zeiten der Krisis. Geld ist knapp und selbst gut geleitete Unternehmungen begegnen häufig starken Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten. Kleine Banken, insbesondere Landgenossenschaften und andere berartige Unternehmungen, sind in eine nach der anderen, indem neue Zahlungsverbindungen die Verlegenheit der übrigbleibenden Konzerne erschweren. So hat die zweidimensionalige Bank in Kufu ihre Zahlungen eingestellt, ebenso die nicht unbedeutende Saffa-Bank. Kürzlich fand auch ein Run auf die Rakoffima-Sparbank statt; da diese aber von Kapitalisten Unterfützung erhielt, so wurden alle Anforderungen prompt erfüllt.

**Die Verteilung der Nationalitäten in der Fremdenlegion.**  
Unter den Nationalitäten der etwa 12000 Mann zählenden Fremdenlegion befinden sich, wie aus einer Statistik der „France militaire“ herorgeht, vom Hundert: 45 Elsaß-Lotharinger, 12 andere Deutsche, 8 Schweizer, 7 Belgier, je 5 Franzosen, Spanier und Italiener, je 4 Oesterreicher und Holländer, 5 Angehörige verschiedener Nationalitäten. Die Deutschen sind mit 1600 bis 1700 vertreten. Ihre Zahl war von jeher beträchtlich, auch vor dem Jahre 1870 bildeten sie die Mehrheit.

### Sprachstudien japanischer Offiziere.

Der Erlernung fremder Sprachen durch japanische Offiziere wird sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt. Bei der 4. Division in Osaka widmen sich, laut „Mitsubishi“ allein 140 Offiziere diesem Studium. 8 lernen Russisch, 26 Chinesisch, 36 Deutsch, 59 Englisch und 14 Französisch. Drei von jenen Offizieren wurden nach Tokio kommandiert und sollen demnächst nach Europa reifen.

## Preussischer Landtag.

(Bericht der „Saale-Zeitung“.)

1. Sitzung vom 20. Oktober.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben, Hoffe, v. Arnim.

Das Haus ist stark besetzt; bei Beginn der Sitzung fehlen die Sozialdemokraten.

Der Präsident der vorigen Session v. Kroscher übernimmt den Vorsitz und eröffnet die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser. Nach dem Kaiserhoch erscheinen die Sozialdemokraten im Saal.

Präsident v. Kroscher erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Prinzen August Wilhelm zu dessen Vermählung die Glückwünsche des Hauses auszusprechen.

### Finanzminister von Rheinbaben:

Die Staatsregierung hat dem Hause eine Reihe größerer Vorlagen zu unterbreiten. Es sind 1. die Besoldungsordnung für die unmittelbaren Staatsbeamten; damit im engen Zusammenhang steht die 2. Vorlage, die die anderweitige Regelung des Wohnungsgeldzuschusses betrifft. Zu ihrem Bedauern ist die Regierung nicht in der Lage, die zweite Vorlage schon jetzt einzubringen. Wir müssen in dieser Frage, wie bisher, mit dem Reiche konform gehen und können diese Vorlage deshalb erst dann vorlegen, wenn das Reich die entsprechende Vorlage fertiggestellt hat. Das wird binnen ganz kurzer Frist der Fall sein. Die dritte Ihnen unterbreitete Vorlage ist die über das Dienstentlohn der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen. Die vierte betrifft die Besoldung, das Ruhegehaltswesen und die Hinterbliebenenunterstützung für die evangelischen Pfarrer, die fünfte das Dienstentlohn der katholischen Pfarrer. Schließlich werden Ihnen noch zwei Vorlagen unterbreitet, die mit diesen Besoldungsangelegenheiten untrennbar zusammenhängen, nämlich 6. ein Gesetz betr. Abänderung der Einkommen- und Vermögenssteuer und 7. ein Gesellschaftsteuergesetz. (Bewegung.) Der Minister erklärt dann die einzelnen Vorlagen eingehend, er betont, daß, wenn man die 1906 und 1907 vorgenommenen Beamtenaufstellungen mit berücksichtigte, fast alle Unterbeamten eine Aufbesserung erhalten hätten. Sie seien alle um mindestens 200 Mark aufgebessert. Das bisherige Mindestgehalt von 800 Mark ließe aus dem Etat vollständig verschwinden, es betrage jetzt nur noch 1000 Mark. Im einzelnen teilt der Minister mit, daß die Gewerbesteuer, Schulpflicht und Förster teilt ihrer bisherigen Gehaltsätze von 1200-1600 Mark künftig 1400-2100 Mark erhalten. Die Gerichtsschreiber werden den Regierungsekretären im Höchstgehalt gleichgestellt, wenn auch ihr Anfangsgehalt etwas niedriger bleibt. Die Oberlehrer werden den Richtern im Höchstgehalt gleichgestellt, d. h. ihr Höchstgehalt wird von 6000 auf 7200 Mark erhöht. Das hatte u. a. auch die Folge, daß die Regierung zu dem Einkunftsamt, alle höheren Vorkaufsmittel mit voller Arbeit demselben Bildung und der gleichen Vorbereitungszeit im Gehaltsvergleichstellen, also die Kreisrichter, die Bau- und Gewerkeinspektoren, die vollstreckbaren Kreisräte, Oberförster usw. Diese Beamten sollen, wie die Oberlehrer und Richter, den Regierungsekretären gleichgestellt werden. Das empfiehlt sich schon deshalb, weil gerade in den Sozialfinanzien besonders tüchtige Beamte brauchen. (Bravo.) Die Teuerungszulagen fallen nach dieser Reform der Gehälter völlig fort, die Funktionzulagen sollen nach Möglichkeit befristet werden.

Was die Reform des Lehrerbefoldungswesens anlangt, so ist sie durch die bisherige Verschwendung der Besoldung der Lehrer durch die Kommunen geboten, die die Rechte der Landkultur der Lehrer ist. (Sehr richtig! recht.) Gegenüber dem in der Kommission aufgetauchten Standpunkt, es empfehle sich die Schaffung eines Einheitsgehalts für Lehrer, hat die Regierung daran festgehalten, daß eine Verschwendung der Besoldung bei lokalen Verhältnissen gemäß notwendig ist. (Widerbruch recht.) Sie hat deshalb zwar ein gleiches Grundgehalt für alle Orte eingeführt, das für die Lehrer fortan 1500 Mark betragen und mittels Aufbesserungen von durchweg je 200 Mark bis auf 1500 Mark - bisher 1800 Mark! - reichen soll, während das Gehalt der Lehrerinnen statt bisher 700-1400 Mark in Zukunft 1050-2400 Mark betragen soll. (Beifall.) Um aber der Verschwendung der lokalen Verhältnisse Rechnung zu tragen, steht die Vorlage pensionsfähige Ortszulagen von 200, 400 und 750



Markt, je nach der Größe und den besonderen Lebensverhältnissen der betreffenden Orte, vor. (Widerpruch rechts.) Die Mehrbelastung der Gemeinden durch diese Vorlage, deren Hauptposten mit 30 Millionen der Staat trägt, beträgt nur 4 Millionen Mark!

Was die Beförderungsform für die evangelischen Geistlichen anlangt, so schlägt die Regierung im Einvernehmen mit den kirchlichen Organen vor, die Gehälter der Geistlichen von jetzt 1800 bis 4800 auf 2400—6000 Mark zu erhöhen. (Brauo rechts.) Die Kosten dieser Aufbesserung betragen 10 490 000 Mark. Auch bei der Aufbesserung der katolischen Geistlichen stellt die Regierung im vollen Einvernehmen mit den Bischöfen, das Gehalt der katolischen Geistlichen von jetzt 1800—3200 Mark auf 1800—4200 Mark erhöhen werden. Beide Pfarrbeförderungsstellen befehlen die Gemeinden nur ganz unentschieden. Im Erziehungswesen sollen die katholischen Geistlichen beiseite gelassen werden, aus besonderen Gründen. Doch sollen die Mittel bereit gestellt werden, auch das Gehalt dieser Geistlichen auf die allgemeine geltende Höhe zu bringen; die Entscheidung, in welchen Fällen das zu geschehen hat, soll dem Kultusminister überlassen bleiben. (Bewegung im Zentrum und bei den Polen.)

Nun zu den ersten und Ihnen wohl weniger erfreulichen Vorlagen. Die Beamtenbeförderungsreform befaßt den Etat mit 111 Millionen, die Beförderungsreform der Lehrer mit 30 Millionen, die der Geistlichen beider Konfessionen mit 12 1/2 Millionen Mark. Dazu treten die Mehrausgaben aus der Beförderungsreform von 1906 und 1907 mit 35 Millionen und die Kosten des Schulunterhaltungswesens; insgesamt haben wir einen

### daurenden Mehrausgabe von 200 Millionen Mark

jährlich zu rechnen. Die Regierung kann für diese Ausgabe nur dann die Verantwortung übernehmen, wenn die Einnahmen durch die Annahme der Einkommensteuer und der Gesellschaftsteuererhöhung entsprechend erhöht werden. Die Bewilligung dieser beiden behebenden Vorlagen ist also die Bedingung für die Realisation der Beförderung der Beamten, Geistlichen und Lehrer. Das Defizit für 1908 wird den veranschlagten Betrag von 126 Millionen erheblich übersteigen. (Hört, hört!) Von den 126 Millionen bekennt die Regierung nur 55 Millionen durch Einnahmeerhöhungen zu bedecken, 71 Millionen bleiben ungedeckt und sollen durch äußerste Sparanstrengungen allmählich ausgemergelt werden. Wir geben einer ganzen Reihe anderer Jahre entgegen, der Ueberbürdung der Eisenbahnverwaltung geht immer mehr zurück und hat in den letzten Jahren den Vorrang bei weitem nicht erreicht. Auch für die Zukunft kann, trotz größter Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnverwaltung, mit einem dauernden Steigen des Eisenbahnüberschusses nicht gerechnet werden. Wir haben die Tarife häufig verbilligt, billige Ausnahmestricke für die verschiedenartigen Güter geschaffen, und dabei sind die Selbstkosten, insbesondere die Löhne und Gehälter, erheblich gestiegen. Entfallen doch auf die Eisenbahnbeamten allein von den 111 Millionen Mehrausgaben, die die Beförderungsreform verursacht, 44 Millionen Mark. Der Etat für 1909 wird ein Mehr an Schuldenzinsen von 40 Millionen bringen, das naturgemäß hauptsächlich durch die Eisenbahnen aufgebracht werden muß.

Es bleibt nur die Eröffnung anderer Einnahmequellen. Wir sind beschaffen genug, trotz der Mehrbelastung des Etats mit 200 Millionen nur ein Viertel davon, 55 Millionen, aus neuen Steuererhöhungen zu decken. Das Grundprinzip unseres Einkommenssteuergesetzes, die Nichtberücksichtigung des Progresses von 5 Prozent des Einkommens, wollen wir beibehalten. Wir wollen eine Steuererhöhung erst vornehmen bei den Zehnten von

### 7000 Mark Einkommen an.

Die Zehnten von 7000 bis 30 000 Mark Einkommen zahlen heute den gleichen Prozentsatz ihres Einkommens an Steuer. Das wollen wir ändern; die Zehnten von 7000 Mark sollen in Zukunft 5 Prozent ihres Einkommens zahlen; der Prozentsatz soll dann allmählich steigen, so daß die Zehnten mit 30 000 Mark Einkommen z. B. einen Steuerfuß von 25 Prozent ihres bisherigen Steuerfußes zu zahlen hätten. Die Zehnten von 7000 bis 30 000 Mark bringen heute nur 40 Millionen Steuern auf. In Zukunft müssen sie stärker herangezogen werden. Zugleich wollen wir ein für allemal eine Ermäßigung der Steuern für finkende Familien mit einem Einkommen bis 3000 Mark einführen. (Brauo.) Es sollen ermäßigt werden Familienväter mit 2 Kindern um eine, mit 3—4 Kindern um zwei, und mit 5 und mehr Kindern um drei Stufen. (Brauo.) Hand in Hand mit der Erhöhung der Einkommensteuer muß eine Erhöhung der Vermögenssteuer gehen. Diese wird nur sehr geringfügig sein; wer z. B. heute bei einem Vermögen von 1 Million 500 Mark Vermögenssteuer zahlt, soll in Zukunft 625 Mark zahlen. Das ist gewiß sehr mäßig. Diese mäßige Eranzahlung des Einkommens und Vermögens zur Deckung des Bedarfs bedingt, daß wir noch eine andere Einnahmequelle erschließen müssen. Das soll geschehen in der Gesellschaftsteuer. Die Vorlage fordert eine Befreiung des Ertrages der Gesellschaftsbetriebe, eine Befreiung des Betrags des Gewinns zum Grundkapital. Und zwar bedarf, daß die geringeren unteren Gesellschaften mit 3 Proz. herangezogen werden sollen. Je höher der Gewinn desto höher die Steuer. Im Durchschnitt wird die Steuer 6 Proz. betragen, nur bei hochrentierenden Gesellschaften (mit 18 Proz. und mehr Gewinn) soll sie höher sein, niemals aber 7 Proz. übersteigen. Der Minister kündigte dann eine Vorlage an, die

### das Kommunalsteuerprivileg

der zurzeit im Amt befindlichen Beamten aufrecht erhält, es aber für alle künftig ins Amt tretenden Beamten abschafft. Wenn das auch einen unrentablen Lebenszustand, Beamte mit Privileg und Beamte ohne Privileg, nebenbei heißt, so ist doch ein anderer Weg nicht denkbar. Der Minister schloß mit dem Appell an das Haus, im Verein mit der Regierung an der Erhaltung der Solidarität der preussischen Finanzen, dem höchsten Volkswort unseres Staatswesens, zu arbeiten. (Beifall rechts.)

Präsident v. Kroscher schloß vor, die nächste Sitzung am Montag 2 Uhr abzuhalten, mit der Tagesordnung; Präsidentenwahl und erste Lesung der heute eingebrachten Vorlagen. Abg. Hirsch (Soz.) beantragte, vorher einen Text eingebrachten sozialdemokratischen Antrag auf Entlassung des Abg. Viehwech auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Antrag wird gegen die Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten abgelehnt. Schluß 3 1/2 Uhr.

## Halle und Umgebung.

### Das Frostwetter

Nest auch den letzten Tag noch an. Es pflif ein eifriger Wind, der in Massen das wehende Laub von den Bäumen herriedert und wehrt. Die Räfte scheint über ganz Deutschland ausgebreitet zu sein. Es liegen noch folgende Telegramme vor:

Erzurt, 20. Oktober. Im Thüringer Walde waren in der vergangenen Nacht 12 Grad Räfte.

Sitzberg i. Sgl., 19. Oktober. Im Riesengebirge herrschten 9 Grad Räfte und harter Schneefall.

Thorn, 18. Oktober. Der 65 Jahre alten Rentempfünger Pipsi ist hier erfroren aufgefunden worden.

Braunshweig, 20. Oktober. Heute morgen wurde bei 3 Grad Räfte ein Arbeiter erfroren aufgefunden.

### Christlich-nationale Gewerkschaftskonferenzen.

Man schreibt uns: Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat in Mitteldeutschland bisher gute Fortschritte zu verzeichnen. Um die Ziele der Bewegung gemeinsam zu führen, haben sich in Erfurt, Leipzig und Halle Gewerkschaftskomitees gebildet. Das hallesche christliche Gewerkschaftskomitee wird am nächsten Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Coang. Vereinshaus eine christlich-nationale Gewerkschaftskonferenz veranstalten. Zu dieser Konferenz sind Vereine, welche auf nationalem Boden stehen und die wirksame Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zur Aufgabe gemacht haben, eingeladen worden. Auch wird das Ratzel Leipzig, sowie Ortsgruppen anderer Orte durch Deputierte vertreten sein. Der Sekretär des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften Herr Gewerkschaftsleiter Paulus v. Erfurt, wird über das Interesse an Vorwärtstreffen der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung reden. Zu dieser Konferenz haben die Mitglieder der Ortsgruppen, sowie die geladenen Vereine und Personen Zutritt.

Das christliche Gewerkschaftskomitee Halle legt sich zusammen aus dem „Gutenbergbund“, „Gemeindeverein der Hausarbeiterinnen“ und des „Christlichen Zentralverbandes der Staats-, Geschäfts-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands“.

### Musikalische Reformationsfeier in der Pauluskirche.

Am 1. November, abends 8 Uhr, veranstaltet der Pauluskirchenchor (Dirigent Organist Bode) eine Reformationsfeier. Das Programm ist dem festlichen Charakter des Tages angepaßt und enthält nur Werke der bedeutendsten protestantischen Tonmeister. Es gelangen u. a. zum Vortrag: Geistl. Konzerte von Schütz und Schütz, vierstimmige Chorgesänge von Hapler und Schütz, ein Orgelkonzert von Sändel mit Orchesterbegleitung und die gemalte Reformationskantate „Gott der Herr ist Sonn und Schild“ für Chor, Orgel und Orchester von Seb. Bach. Als Solisten wirken mit: Fr. Zeller (Alt), Fr. Wächter (Soprano), Herr Konzertmeister Schmidt und Herr Musikdirektor Hopfer (Violone) und Herr Klavier von Leipzig (Orgel).

Zum Eintritt berechtigten Programme, die für 30 Pfg. bei den Herren Vahndörfer, Niemann, Alt-Bromenade, Parierhändler Lehmann, Zellinger, Drogit Erde, Ludwig Wüchtersstraße, und Hofmusikalienhändler S. Hofjan, sowie an der Kasträße zu haben sind.

Militärkürs. Erkennt worden sind: der Major und Bataillonkommandeur K. Rüter im Füsilier-Regiment Nr. 36 unter Stellung zur Disposition zum Kommandeur des Landwehrbezirks I Braunshweig; Major Jungmann, aggregiert dem Füsilier-Regiment Nr. 36 zum Bataillonkommandeur in dem Regiment.

Der Schreinerverein von Ammendorf und Umgegend hält am nächsten Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im hiesigen Ratseller (Marktplatz) seine ordentliche Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die Provinzialversammlung in Magdeburg.

Der Vortragsabend des Kolonialvereins, der gestern im Hotel Kaiser Wilhelm stattfand, hatte ein zahlreiches Publikum zum Zusammenfluß. Sanitätsrat Ulrich eröffnete die Sitzung und gab die zunächst in warmergeisterter Weise des verstorbenen Vorkämpfers des Vereins, Sr. Exzellenz Generalleutnant v. Ziegner, nach dem die Versammelten durch Erlesen von den Pflügen das Andenken des Verstorbenen gelehrt hatte, nahm Herr Dr. Gollitz das Wort zu seinem Vortrag über die wirtschaftlichen Zustände in Britisch-Süd- und Deutsch-Südwest-Afrika. Die lebensvollen Ausführungen Dr. Gollitz waren äußerst fesselnd und lehrreich, sie führten die Zuhörer mitten in das Leben der Kolonie. Ausgesprochene Mitglieder begleiteten die Worte des Redners, denen die Versammlung lebhaften Beifall spendete. Im Abendblatt wurden wir noch ausführlich auf die schöne Veranstaltung zurück.

Der Frauenverein für Armen- und Krankenpflege in der Bartholomäusgemeinde in Halle-Giesisdorf, der demnächst die Rechte eines eingetragenen Vereins zu erhalten gedenkt, steht gegenwärtig in seinem 27. Vereinsjahr. Er hat in der Zeit seines Bestehens eine leistungsfähige Tätigkeit entfaltet und vielen unbedeutenden Kranken oder armen Familien die erstehende Hilfe bringen können. Seitdem es ihm vor zwei Jahren möglich geworden ist, eine zweite Gemeindegewerkschaft anzuschließen, ist er auch in der Lage, in wohlhabenderen Familien Privatpflege gegen Entgelt zu übernehmen. Der Verein veranstaltet für seine Zwecke am nächsten Freitag, den 23. d. M., abends 8 Uhr in der Saalklosterbrauerei ein Wohltätigkeitskonzert, das mit Rücksicht auf das gewählte Programm und die mitwirkenden Kräfte einen hohen musikalischen Genuß verspricht. Wir verweisen auf das bezügliche Inserat in heutiger Abendnummer.

Das 20. Jahresfest der Stadtmilch, das am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, mit einem Festgottesdienst in der Marktkirche (Festprediger Pastor von Bode) (Sängling) und abends 8 Uhr mit einer Fete in den Kaffeehaus (Sängling) werden sollen, wird nochmals in Erinnerung gebracht. Jedermann ist dazu eingeladen.

## Provinzial-Nachrichten.

### Die Garantien der Harzquerbahn.

Bom Harz, 16. Okt. In der Vorwoche ist eine Notiz durch die Presse unserer Provinz gegangen, die von Nordhausen ausgeht, davon Kunde gab, daß die Harzstadt Bennedestien auch in der Verungünstigung beim Oberlandesgericht Harz wegen der Klage gegen die Garantien der Harzquerbahn, nämlich die Städte Nordhausen-Vernigerode, verloren habe. So weit stimmt die Notiz mit den Tatsachen überein. Der dann aber folgende Zusatz, der zur Begründung der Oberlandesgerichtsentcheidung eingeleitet scheint, daß nämlich nie als ein Rollbockverkehr nach Bennedestien stattgefunden habe, läuft den Tatsachen zuwider. Denn der die Hauptlaste der Klage bildende Rollbockverkehr bezug dessen Fortfall, hat monatlang auf der Harzquerbahn bestanden, und wiederholt Zentner Kohlen sind durch ihn nach Bennedestien heraufgebracht worden. Erst als durch verschiedentlich eingetragene Entgleisungen gemischter Züge, die Rollbockfahrten führten, Bedenken aufstiegen wegen der erforderlichen Betriebssicherheit, erst da entschied das Eisenbahn-Präsidium zu Magdeburg, daß solche gemischte Züge nicht mehr fahren sollten.

Der Schwerpunkt der ganzen Sache ist auch absolut nicht hierin zu suchen, sondern beruht auf der Tatsache, daß wiederholte Eingaben der Kommune Bennedestien, für deren industrielle Entwidlung und Zukunft die Transportmöglichkeit von Rollbock-Locomotives von größter Tragweite ist, an bestimmten Tagen der Woche oder des Monats Güterzüge mit Rollböden verkehren zu lassen, stets abschlägig befriedigt worden sind. Es hat sich nun in den ersten 10 Betriebsjahren der Harzquerbahn für Bennedestien wiederholt die Möglichkeit geboten, neue Subventionen in die Stadt ziehen zu können, stets ist aber dies gellchert an der mangelnden Rollbockverbindung. Die jetzt begonnene oberinanzielle Entscheidung ist daher von einschneidender Bedeutung.

### Ein Schußfahnd von der Turbine in Eilenberg.

Eilenberg, 20. Oktober. Ein schweres Unglück ereignete sich gestern bei dem Lindauer Wasserwerk zwischen Rabelsdorf und Königshofen. Am der Windturbinen des neuerbauten Lindauer Wasserwerkes führt der Schwalbe der Rabelsdorfer Rinder vorbei, die nach Lindau in die Schule gehen müssen. Seit mehreren Wochen schon haben sich die Rinder daraus ein Vergnügen gemacht, sich auf die Querbalken der Turbine zu stellen und sich dann herumzudrehen. Eilends sprang heute mittig ein zwölfjähriges Mädchen den übrigen Schulkinder voraus und leitete sich das gefährliche Vergnügen. Diesmal wehte ein kräftiger Wind und als das Mädchen die Turbine von unten an in Bewegung setzte und sich zu diesem Zwecke auf den Balken stellte, legte oben das Windspiel ein, das das Werk mit rasender Schnelligkeit trieb. Das Mädchen wurde von dem Getriebe erfaßt und herumgeschleudert, dabei schlug die Beine fortwährend auf das Gebälk mit großer Wucht auf. Als die übrigen Schulkinder hinzukamen und den Lehrer aus der nahen Schule herbeifolten, waren dem Mädchen ein Fuß und das Bein abgeschlagen. Die Gliedmaßen fanden man mehrere Meter entfernt von der Unfallstätte. Nach langem Bemühen gelang es endlich dem Lehrer, das Werk auszuhalten. Sterbend wurde das entseht verstümmelte Mädchen aus dem Getriebe entfernt.

Naumburg, 20. Oktober. (Unerschließliche Dienstmädchen.) Eine hier wohnhafte verwitwete Dame mußte wahrnehmen, daß ihr Dienstmädchen, die sie großes Vertrauen geschenkt, sie fortgesetzt belästigt. Ihr Verlust ließ sich bei jetzt auf etwa 2500 Mark feststellen, doch wurde mit Hilfe der Polizei ein großer Teil dieser Diebesbeute bei dem Mädchen und deren Helfershelfer ermittelt und der Eigentümerin zurückgegeben.

Droßitz, 21. Oktober. (Beltweh.) Das hiesige Bahnhofsrestaurant für 35 000 Mk. in die Hände der Rittergutbesitzer des Prinzen von Schönburg-Waldenburg gelangt.

Wittenberg, 20. Oktober. (Entgeltigung.) Eestern entgleite von dem aus der Richtung von Coswig her fahrenden Güterzug 7008 etwa in der Mitte zwischen der Haltestelle Klein-Wittenberg und der nächsten Station Gosenhain ein Wagen und wurde, ehe der Zug zum Stehen gebracht werden konnte, über die bei den eogenen Mühlbach überspannende Brücke gerollt. Hierbei entgleiteten 4 bis 5 weitere Waggons. Der Materialschaden ist jedoch gering; Personen sind nicht verletzt.

Erfurt, 19. Okt. (Nicht geringes Aufsehen) verursacht hier die am Sonnabend erfolgte Verhaftung des am Nettelshof wohnenden Plattenmeisters Speich. Er ist verdächtig, fortgesetzt seit Jahren als Vormund seiner 15 Jahre alten Niesgetöchter mit dieser verkehrt und sie wiederholt fahrig misshandelt zu haben. Dem sie behandelnden Arzt gegenüber soll sie alles offenbart haben.

Wendeburg, 20. Oktober. (Das „Gutgaben“.) Einem hier wohnenden zur Kellerei entlassenen Artilleristen wurde beim Verlassen seiner Batterie gelast, daß er noch ein Gutgaben habe. Eine Woche später erfuhr er gewissenhaft drei Fennige zugelandt. Er konnte sich des Geldes nicht freuen, denn er mußte dafür fünf Fennige Bestgeltgeld entrichten.

Sangerhausen, 20. Oktober. (Die goldene Hochzeit) feierten gestern Stadtrat Louis Schäfer und Frau.

Weida, 19. Okt. (Schwerer Sturz beim Turnen.) Der 23 Jahre alte überarbeitete Dienstreifer Hopfer, der erst voriges Jahr vom Militär entlassen wurde, stürzte beim Turnen in der hiesigen Turnhalle der „Freien Turnerschaft“ so unglücklich mit dem Schußel auf den Boden, daß er sich einen Bruch der Wirbelsäule zuzog. In hoffnungslosem Zustande brachte man den Verunfallten nach Jena.

## Gerichtsverhandlungen.

### Strafkammer.

Sa 116, 20. Oktober.

### Verdächtige Wilddiebe.

Der wegen Robelits-, Eigentums- und Jagdvergehens schon erheblich vorbestrafte 43jährige Arbeiter Friedrich Zahns aus Ufersleben hat sich gemeinsam mit seinem Kollegen, dem Arbeiter Hermann Müller, in den Aufrebligter Wilddiebe gebracht, die die Umgegend von Ufersleben in weitem Umkreis unheimlich machten. In der Nacht vom 10. April wurde Zahns in Duenstedt bei Festfeld vom Gendarmen gefaßt. Er trug in einem Sak 178 Angelfische und 21 Fische. Letztere sind vermutlich aus der Wipser bei Matterede oder bei Stammelburg gefischt. Zahns will sie aber in der Fischpacht seines Kollegen Müller gefangen haben. Müller hat zwischen Weilsleben und Weßhof an einem Ufer der Eine die Fischerei für einen jährlichen Zins von 3 Mk. gepachtet. Es ist aber gerichtsnötig, daß Müller diese Pacht nur deshalb übernommen hat, um für seine und Zahns Fischereierne eine bequeme Ausrede zu haben. Das Schöffengericht in Hettstedt hatte Zahns schuldig gefunden, in jener Nacht un erlaubt gefischt zu haben. In Anbetracht der Gefährlichkeit seines Treibens verurteilte es ihn zur höchsten gesetzlich zulässigen Strafe von sechs Monaten Gefängnis, um ihn für möglichst lange unschädlich zu machen. Gegen dieses Urteil hatte Zahns Berufung eingelegt, die aber von der Strafkammer verworfen wurde.

### Mühseligen organisierter Arbeiter.

Am 31. Mai d. J. hielt der Gastwirt Gottschall in Köpzig in seinem Lokal ein Tagvergnügen ab. Schon am Morgen des betreffenden Tages, eines Sonntags, erhielt er die Warnung, seine Tagungsbillette solle von organisierten Arbeitern aus Dörfen jenseits der Saale gelöst werden. Es werde vielleicht eine große Schlägerei geben. Gottschall benachrichtigte daher rechtzeitig den Gendarmen. Durch eine große Anzahl von Verhandlungen vor dem Landrichter Schöffengericht ist es dort gerichtsnötig geworden, daß seit einiger Zeit in den Dörfen südlich der Saale Tagvergnügen in gewalttätiger Weise von organisierten Arbeitern aus Dörfen jenseits der Saale gelöst zu

werden pflegen. Gegen Abend des 21. Mai erschienen vier Bauarbeiter aus Beelen und Ammerdorf, Hermann Gumbrecht, Hermann Schröder, Paul Rüssendorf und Otto Rühlmann, im Gottschalk'schen Tangeloh. Sie traten im Arbeitsnachlass ohne Kräfte und Werkzeug, einer sogar im Hülsentopfe. In diesem wenig feierlichen Aufzuge ließen sie im Tangeloh umher und erlaubten sich abschließliche Bemerkungen zu Richterorganen. Der Wirt ludte die lästigen Gäste, um Streit zu vermeiden, in die Gasse fortzubringen. Er gabte ihnen das Eintrittsgeld zurück und spendierte ihnen sogar eine Runde Bier. Inbesseres trotz ihrer wiederholten Aufforderungen zum Verlassen des Lokals entfernten sich die Störenfriede nicht, sondern begannen eine Schlägerei zu inszenieren. Zum Glück trat der Gendarmwacheaufmeister ein und beförderte die rüden Baubüchler hinaus. Schröder begann nach jeder Heimkehr am selben Abend noch in einem Besonderen Gottlof Streit. Er schlug einen nicht organisierten Schlichter mit einem Stock über den Kopf, so daß er blutete. Im Rühlgel soll schon der Sohn des Schlichters zum einigen der vier blutig geschlagen worden sein. Das Schöffengericht in Lauchbühl hatte gegen die vier Demontanten empfindliche Strafen für angelegt gehalten. Gumbrecht, Schröder und Rühlmann sind wegen Raubvergehens bereits vorbestraft. Wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs wurden Gumbrecht und Schröder zu je sechs Wochen, Rüssendorf und Rühlmann zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen Schröder wurde außerdem noch wegen gefährlicher Körperverletzung auf vier Wochen Gefängnis erkannt. Gegen diese Strafen hatten die vier Angeklagten Berufung eingelegt mit der Begründung, sie hätten an jenem Abend keine Demonstration gegen Richterorganen beabsichtigt. Sie seien in unvorsichtiger Stimmung durch das Filieren in Speichern gegangen und ohne Zutun in den Tangeloh geraten. Die Strafkammer schickte bei Schröder die Strafe auf drei Wochen Gefängnis herab, bei Gumbrecht auf zwei Wochen, bei Rüssendorf und Rühlmann auf je eine Woche herab.

### Schöffengericht.

Salle, 20. Oktober.

### Rüde Burfen.

Drei noch jugendliche Arbeiter von hier, Herold, Busch und Richter, betrogen sich im Juni d. J. am hellen, lichten Tage am Hölberger Wege gegen ein junges Mädchen in höchst anstößiger Weise. Sie machten ihr durch ihr gemeines Benehmen die Erzeugung öffentlichen Vergewaltigung und der Beleidigung schuldig. Herold ist wegen ähnlicher Missetaten schon vorbestraft. Das Gericht hat daher gegen ihn eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen für angelegt. Busch und Richter kamen mit Geldstrafen von 20 und 10 Mk. davon.

## Kunst und Wissenschaft.

**Ein Stendhal-Denkmal.** Aus Paris wird berichtet: Das Komitee, das sich gebildet hatte, um für eine würdige Ehrung Stendhals zu sorgen, hatte sich zwei Aufgaben gestellt: den Reudruck der Korrespondenz Stendhals, der heute beendet ist, die Errichtung eines Denkmals, mit dessen Ausführung Auguste Rodin in vertraut wurde. Rodin hat nun seine Arbeit vollendet, und sein Entwurf wird gegenwärtig im Guß ausgeführt; ebenso sind die architektonischen Entwürfe von Blumenthal fertiggestellt. Das Stendhal-Denkmal wird also in kurzer Zeit fertig sein.

**Matthias'scher Selbstmord einer Wiener Schriftstellerin.** Wie Wiener Blätter melden, wird dort in einigen Tagen die Schriftstellerin Frau Helene Dillberg verstorben. Sie hat sich vor einigen Tagen aus der Wohnung ihres Gatten entfernt, und ein von ihr an die Wiener Polizeidirektion gerichtetes Schreiben ließ keinen Zweifel darüber zu, daß sie mit der Absicht umging, sich das Leben zu nehmen. Die Versuchung wurde ihr die Tochter eines bekannten Wiener Cafetiers; sie ist eine hervorragende Schönheit und hat sich unter unangenehmen Namen mit Erfolg schriftstellerisch betätigt. Auch ihr Gatte ist Schriftsteller und war früher Teilhaber des „Wiener Bote". Die Frau Dillberg verließ, nachdem sie ihre geliebten Geld zu Geld gemacht und den Erlös einem wohltätigen Zweck überwies. — Durch den unmutwilligen Selbstmord der Schriftstellerin wird noch ein Berliner Künstler in tiefe Trauer versetzt: Frau Dillberg ist nämlich eine Schwester Karl Hübners, des bekannten Mitgliedes des Berliner Singsing-Theaters.

**Die deutsche Telegraphie im Großen Ocean.** Eine englische Gesellschaft für deutsche Telegraphie hat den Plan ausgearbeitet, eine drahtlose Verbindung zwischen Neu-Seeland, Australien und Indien anzulegen. In den Stillen Ocean sind die Stationen der drahtlosen Telegraphie bereits in dem ausbeutenden Ozean auftrifft Regierung begünstigt den Plan ebenso wie der Premierminister von Neu-Seeland, der nur die Bedingung stellt, daß die Landstationen und Hauptstationen einbezogen werden. Nach Fertigstellung der Stationen sollen auch eine Reihe von Dampfern, die den Verkehr auf dem Stillen Ocean vermitteln, mit Apparaten für drahtlose Telegraphie ausgerüstet werden, und man verpachtet sich dazu große Vorteile für die Entwicklung des Handels, aber auch für den Kriegesfall.

## Theater und Musik.

**„Hessland".** Die erfolgreiche Oper Eugen d'Alembert wird nunmehr zum erstenmal in Usland, und zwar in Holland, zur Aufführung gelangen. In das Verdienst, dort für das Werk einzutreten, teilen sich die Amsterdamer Opera-Vereinigung und der erste Kapellmeister der Kölner Oper, Otto Lohse, der die ersten ausländischen Aufführungen von „Hessland" am 28. d. M. in Amsterdamm, am 24. in Rotterdam und am 26. im Haag leitete. Die Träger der Hauptrollen werden in dem ausbeutenden Ozean Operntruppen bestehende deutsche Ensemble sein: Frida Heller von der Kölner Oper (Martha), Hofopernsängerin Weil von Stuttgart (Selbaldina) und Herr Tölggen von Frankfurter Stadttheater (Pebro).

**Sarah Bernhardt's Gastspiel in Leipzig.** Im Leipziger Neuen Operntheater gastierte Sarah Bernhardt am Freitag in „La Tosca" und am Sonntag in „Cameiendame". So glänzend sich auch der sühne Verlauf der beiden Vorstellungen gestaltete, so konnte man sich doch besonders am Sonntag des Eindruckes nicht entziehen, daß selbst die große Kunst der Frau Bernhardt den Zwiespalt nicht mehr ausgleichen vermag, der zwischen ihrem Alter und der Gestalt der Marguerite Gautier, dieses jungen mit heißer Liebe begährten Mädchens besteht. Ihr Partner, Herr Jean Angelo, spielte den Armand Duval mit großer Hingebung und im vierten Akt auch mit hinreißendem Erfolg. So wurde die bekannte Scene im Spielfaule, als Armand die ehebrecherische öffentlich beschimpft, von großer Lebendigkeit und tiefen einen Sturm der Leidenschaft hervor. Das Gastspiel des Schmezzers ist unabhängig von Lebensalter, und doch hat auch der Schmezzers in jugendlichen Alter ein anderes Gesicht, und so kommt man bei aller Anerkennung doch immer wieder darauf zurück, daß sie als Cameiendame eine heute für sie verfehlte Rolle spielte.

## Vermischtes.

### Ein eigenartiger „Schühengelbrief"

Ist „unter höchstlicher Approbation" in Donaueschingen (bei L. Auer) erschienen und verdient jeder Gehört zu werden; einige Sätze seien wörtlich wiedergegeben:

„Von der Würde des katholischen Priesters. Keine menschliche Würde ist imstande, die erhabene Würde eines katholischen Priesters zu schildern. Sie übertrifft die Höchste der Kaiser und Könige, ja selbst die Majestät der erhabensten Himmelsfürsten. Die Engel sind Boten Gottes, die Wächter dieser Welt Gottes Stellvertreter in irdischen Dingen. Hoch über beiden stehen die Priester, denn sie sind Gottes Stellvertreter in Sachen des ewigen Seiles. Ihre Würde ist darum göttlich zu nennen. Die allerhöchste Jungfrau Maria hat nicht solche Macht, denn sie kann nicht die allerhöchste Sünde vergeben; der Priester aber kann die himmelstreichendsten Sünden mit einem Worte austilgen — er ist darum der Vater seiner Gemeinde, der größte Wohltäter des Volkes. Was folgt daraus? Schreibt der Katechismus den Kindern schon Vieles, Gehorham und Ehrfurcht gegen die Eltern vor, in wie viel höherem Maße gebührt sie dem Priester, dessen Würde und Wohlthaten unermesslich größer sind als die der leiblichen Eltern."

Darum darfst du nie des Priesters Arg verfahren durch Reden über seine etwaigen Schwächen — auch jedoch über die, die eine heimliche Sünde des Priesters aus Nichts liegen über auch selbst ein schweres Vergehen beschreiben anderen mitteilen! Hingegen sorgst du für dein leibliches Wohl, leid pünktlich im Zahlen der Gebühren und Lasten! Was ist ihm vorzuzusetzen, das verweigert ihr Gott selbst, dessen Stellvertreter er ja ist."

Derartige „Schühengelbriefe", die in Ueberhebung das Neuherrliche leisten und geradezu zur Verleumdung der bürgerlichen Gesetze auffordern, werden zu Hunderttausenden unter das katholische Volk geworfen.

Wie tief muß der Hirte seine Schäflein einschähen.

**Zeppelins Aufstieg.** Falls kein Nebel herrscht, findet am Donnerstag, 22. d. Mts., vormittags zwischen 8 und 9 Uhr der erste Aufstieg des Zeppelinschiffs „Zeppelin 1" statt.

**Am ein Glas Schnaps.** Ein 17jähriger Burde im Orte Besten forderte von einem kleinen Wirtler zurückgekehrten Reservisten ein Glas Schnaps. Als dieser sich weigerte, ließ der Burde ihm das Messer ins Herz, so daß der Reservist auf der Stelle getötet wurde.

**Ein entmenschter Vater.** Eine entsetzliche Tat beging ein Mann in Alford bei Jülich, wahrscheinlich in einem Anfall von Geisteskrankung. Während der Abwesenheit seiner Frau nahm er das 13 Monate alte Kind aus dem Bettchen, ertränkte es im Indolol, legte es hierauf den Leinwand wieder aus dem Wasser und legte ihn zu Hause ins Bettchen. Der unmenseliche Vater wurde verhaftet.

**Wei ßt Gold.** In der Filiale der Banque de France in Limoges wurde ein frecher Betrug verübt. Während der jüngsten Goldbeibehaltung von Paris nach Limoges gelang es jemand, die Hülsen der fünfzig-Louisden-Rollen abzulösen und die Goldstücke durch in Verleumdung gegebene Bleistifte vom gleichen Gesamtgewicht zu ersetzen, daß der Uebernahmebeamte in Limoges nichts merkte. Die Angeige ging von einem Limogener Porzellanfabrikanten aus, das drei solche Rollen von der Bank empfangen hatte.

Ein folgenschwerer Kollision von Straßenbahnwagen wird aus Köln in gewohnter Auf der Zeit abschließlichen Nachforschungen begann ein nach der Unversität zum Stehen gebrachter Straßenbahnwagen plötzlich herabzufallen. Er kollidierte dabei mit zwei anliegenden Straßenbahnwagen. Zwei Wagen wurden zertrümmert, der dritte beschädigt. Elf Personen sind verletzt, unter ihnen der Ingenieur Strume, der Erbauer der Straßenbahnlinie.

## Letzte Nachrichten.

### Das neue Gesellschaftssteuergesetz.

Berlin, 20. Okt. Aus dem Inhalt des Entwurfes zu einem Gesellschaftssteuergesetz sind folgende Hauptpunkte hervorzuheben. Der Gesellschaftsteuer unterliegen: 1. Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, 2. Vergewerkschaften, 3. diejenigen eingetragenen Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht; 4. Vereine einschließlich eingetragener Genossenschaften zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im Großen und Abzug im Kleinen, auch wenn der Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht.

### Hamburgisches Kolonialinstitut.

Hamburg, 20. Okt. Heute mittag wurde in Anwesenheit des Staatssekretärs Derrburg, des Vizepräsidenten Breunling als Vertreters des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, des preussischen Gesandten Grafen Goben, des Botschafters Oswald und anderer das Hamburgische Kolonialinstitut durch Senator Dr. v. Meißner eröffnet. Derrburg leitete eine Ansprache, in der er die besten Wünsche der Reichsregierung für das Institut überbrachte, um dann die Aufgaben darzulegen. Er schloß: Der Erfolg der Kolonialisationsarbeit hängt nicht nur von der äußeren Macht und Stellung, die sie der kolonisierenden Nation verleiht ab, auch nicht vom Maße der Wohlhabenheit und Bereicherung, das Einzelne in dieser Arbeit erzielt haben, sondern ebenso sehr, wenn nicht mehr, von dem Geiste, in dem alle Arbeit an ihre großen ethischen und kulturellen Aufgaben herantritt. Nur eine Nation, die diese Fragen mit Gehör und Erfolg angreift, und ihrer Lösung entgegenführen kann, wird mit Ehren vor der Welt und Nachwelt kolonisieren. Der Vertreter des Staatssekretärs des Reichsmarineamts wünschte dem Institut eine gedeihliche Entwicklung und sprach das Begehren des Staatssekretärs aus, nicht persönlich anwesend sein zu können. Die Professoren Dr. Thelenius und Dr. Nathen erklärten die bei der Aufstellung des Lehrplans des Instituts maßgebend gemachten Grundsätze. Mit einem Gefangensortrag schloß die Feler.

### Das Urteil im Prozeß Wiltsba.

Berlin, 20. Okt. Die Kaiserliche Disziplinarkammer für die deutschen Schutzgebiete erkannte heute im Disziplinärprozeß gegen den Vorstand A. d. des Kaiserlichen Gouvernements in Logo, Emanuel Wiltba, wegen Disziplinärvergehens auf Dienstentlassung und auf Befreiung von zwei Drittel der Pension auf 5 Jahre.

### Betriebsentnahmen der preussischen Staatsbahnen.

Berlin, 20. Okt. Die „Nord. Allg. Ztg." schreibt: Die Betriebsentnahmen der preussisch-hessischen Staatsbahnen haben im September d. Jrs. im Personenverkehr rund 1,2 Millionen Mk. d. i. 2,53 Prozent, im Güterverkehr rund 0,9 Millionen d. i. 0,85 Prozent, insgesamt mit Einschluß der sonstigen Einnahmen rund 2,9 Millionen d. i. 1,75 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahres betragen. Bei Beurteilung des Ergebnisses ist zu beachten, daß der diesjährige Monat September einen Sonntag weniger und einen Arbeitstag mehr als der vorjährige.

### Umwandlung einer hohen Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe.

Berlin, 20. Okt. Am 16. März dieses Jahres wurde der Reaktor der „Berl. Morgenztg.", Konrad Martin S. in die Haft, wegen Beleidigung des Präsidiums Oligamofitor vom Landgericht I zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten verurteilt. Diese Strafe ist jetzt vom Kaiser im Gnadenwege in eine Geldstrafe von 3000 Mk. umgewandelt worden.

### Von den Dessauer Trauerfeierlichkeiten.

Dessau, 20. Okt. Im Schloß fand heute eine Trauerfeier für die verlebte Herzogin Mutter in Gegenwart aller anwesenden Fürstlichkeiten statt. Der Kaiser war durch Prinz Eitel Friedrich vertreten, der Prinzregent von Bayern durch Prinz Franz von Bayern. Von den regierenden deutschen Bundesfürsten waren anwesend die Großherzöge von Mecklenburg-Strelitz und von Oldenburg. Die Eintragung der Leiche fand in der Auferstehungsstraße im Mausoleumspark statt.

### Von der Cholera in Rußland.

Berlin, 20. Okt. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichsanstalters, nach der die aus den Höfen Arzangel und Riga nach deutschen Häfen kommenden Schiffe und ihre Insassen bis auf weiteres vor der Zulassung zum freien Verkehr ärztlich zu untersuchen sind.

### Isowolski's Erfolge und Pläne.

Paris, 20. Okt. Der russische Minister des Aeußeren Isowolski ist heute nach Berlin abgereist und wird von dort nach Petersburg zurückkehren. Eine Note der „Agence Havas" sagt, daß nach der Reise Isowolski, Minister Isowolski habe in bezug auf die Aufgaben einer zukünftigen Konferenz in London und Paris keine vollständige Uebereinstimmung mit den betr. Regierungen festgestellt. In Berlin werde der Minister eine gleiche Uebereinstimmung zu erzielen haben, da die Einmütigkeit aller Mächte zur Unterbrechung einer Balkankonferenz unerlässlich sei. Der zweite Aufenthalt des Ministers in Paris dürfte dazu beitragen haben, der Lage auf dem Balkan eine günstigere Wendung zu geben, indem er dem Minister Gelegenheit bot, per S. N. L. d. mit dem französischen Kabinett zu weiterer friedlicher Tätigkeit zusammenzuarbeiten. So fia und Konstantinopel seien vollkommen überzeugt, daß Rußland den aufrichtigen Wunsch habe, Bulgarien und der Türkei aus fernher seine freundschaftlichen Dienste zu weihen.

### Die österreichische Regierung und die Prager Auslieferungen.

Wien, 20. Okt. Wie das Wiener L. f. Teleg. Korr. Ber. erfährt, hat die Regierung nach Entfallen in Prag angewiesenen, die zur Verhinderung von Auslieferungen getroffenen Verfügungen mit größtem Nachdruck durchzuführen, nötigenfalls unverzüglich diejenigen weiteren ersten Maßnahmen zu treffen, welche erfahrungsgemäß die Herstellung von Ruhe und Ordnung verbürgen.

### Der Inhalt der letzten Marokko betreffenden französisch-spanischen Note.

Paris, 20. Okt. Eine Note der „Agence Havas" besagt: Die am Montag von Frankreich und Spanien den Signatarmächtern der Algeriennote zugestellte Note ist in der Form eines Schreibens enthalten, das namens aller beteiligten Mächte an einen Sachverständigen geschickt werden soll. Entsprechend dem alten Einverständnis, das sich zwischen den betreffenden Regierungen gebildet hat, werden die Forderungen aufgestellt, die die Anerkennung Marokko Hafens betreffen. Derunter befinden sich folgende Forderungen an Marokko: Ausdrückliche Bekräftigung der Unparteilichkeit, Unterdrückung des Waffenhandels an der Küste, Haltung für die von Abdul Wis als Sultan gemachten Anträgen, Sicherstellung der Freiheit und Sicherheit des Verkehrs, entsprechendes zur Zurückhaltung ihrer Anzeigen und Abstellung einer Entschädigung für die Ermordung von eigenen Staatsangehörigen. Zum Schluß wird auf Gewährung einer angemessenen Lebenshaltung an Abdul Wis und gerechte Behandlung seiner früheren Beamten Nachdruck gelegt.

### Vom Mosauer Studentenstreik.

Moskau, 20. Okt. Die Studenten der hiesigen Universität haben mit großer Mehrheit beschlossen, den Streik einzukerkeln.

### Von der französisch-marokkanischen Grenze.

Paris, 20. Okt. Nach einer Meldung des Gouverneurs von Französisch-Morokko wurde ein Zug berittener Infanterie nach Verlassen der Station Montgerin am 15. d. M. von 120 M. in Lauren angegriffen. Nach vierstündigem Gefecht, nachdem der Zug Verstärkungen erhalten hatte, wurden die Lauren, von denen 13 getötet wurden, auseinandergeprengt. Auf französischer Seite fielen ein europäischer Sergeant und 4 Traktanture. Vier Leute wurden verwundet.

### Taufen in den sinesischen Gewässern.

Amoy, 20. Okt. Nach den letzten Meldungen über den 17. Oktober in Tschangtschow (Swangtung) aufgetretenen Taifun sind 2700 Menschen ums Leben gekommen und 3600 Häuser zerstört.

### Petersburg, 20. Okt. Der Kaiser und die Kaiserin sind heute in Peterhof eingetroffen.

Siegen, 20. Okt. Die heutigen Verhandlungen der Siegerländer Hütten wegen Bildung einer Verkaufsgesellschaft anstelle des aufgelösten Roheisensyndikats sind ergebnislos verlaufen.

### Wettung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schumann; für den Handelsteil: Fritz Karg; für den Scherzenteil: Friedrich Endruat; Druck und Verlag von Otto Schödel, sämtlich in Halle a. S. Diese Nummer enthält 8 Seiten — einschließlich „Unterhaltungsblatt".





